

Bericht

des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder
am 14./15. September 2011 in Neuruppin
und zur Verkehrsministerkonferenz am 5./6. Oktober 2011 in Köln

TOP 6.9 Revision der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.05.08 über Luftqualität und saubere Luft für Europa

Die Europäische Kommission hat beschlossen, ihre Luftreinhaltepolitik bis Ende 2013 umfassend zu revidieren, darunter auch die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa (Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG vom 21.05.08). Hintergrund ist die Feststellung der Kommission, dass die bisherigen Anstrengungen nicht zur erwarteten Abnahme der Konzentrationen von Feinstaub und Stickstoffdioxid geführt haben.

Ziele der Revision sind eine Verbesserung der Luftqualität und des Gesundheitsschutzes. Mitgliedstaaten und Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, die Luftqualitätsgrenzwerte möglichst schnell einhalten zu können. Dazu schlägt die Kommission u. a. vor

- eine Verminderung des Schwefel-Gehalts in Schiffstreibstoffen,
- eine Revision der Kfz-Testzyklen, um die Emissionen im Realbetrieb besser prognostizieren und kontrollieren zu können,
- die Unterstützung der Umsetzung der Richtlinie 2009/33/EG zur Förderung sauberer energieeffizienter Fahrzeuge für den Straßengüterverkehr,
- eine Förderung der Elektromobilität,
- das Voranbringen der Nachrüstung von Fahrzeugen auf bestmögliche Standards unter Berücksichtigung der Erfahrungen in den Mitgliedstaaten,
- Maßnahmen zur Verbesserung Energieeffizienz,
- Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien und
- Maßnahmen zur Minderung der Emissionen von Geräten und Maschinen.

Die Kommission will zu diesen Vorschlägen in einer umfassenden Beteiligung bis 2012 Informationen und Einschätzungen von Mitgliedstaaten und sonstigen Beteiligten einholen. Abschließende Vorschläge – voraussichtlich auch zur Revision der oben genannten Richtlinie – sollen 2013 vorgestellt und Ende 2013 Rat und Europäisches Parlament damit befasst werden.

Aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist der umfassende Ansatz der Kommission mit einer Verzahnung der Regelungen zur Begrenzung von Emissionen und Immissionen grundsätzlich zu begrüßen. Es wird sich bei der Abstimmung einer Stellungnahme der Bundesregierung zu den einzelnen Vorschlägen für Lösungen einsetzen, die zugleich den Interessen des Gesundheitsschutzes sowie aller Verkehrsteilnehmer angemessen Rechnung tragen.
